



Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg



Ministerium für Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume,
Europa und Verbraucherschutz
des Landes Schleswig-Holstein



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten



Bayerisches
Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg · Postfach 10 34 44 · 70029 Stuttgart

Vorab per E-Mail:
mb_geschaeftsstelle@bmel.bund.de

Datum Stuttgart, den 17.03.2023

Aktenzeichen: Az.

(Bitte bei Antwort angeben)

Herrn Bundesminister
Cem Özdemir, MdB
Bundesministerium für Ernährung
und Landwirtschaft
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin

Drohender Abbau der Nutztierhaltung in Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

mit großer Sorge stellen wir einen sich beschleunigenden Rückgang der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Deutschland fest. Zu beobachten ist dies derzeit insbesondere in der Schweinehaltung. Es ist richtig, dass es hier auch in der Vergangenheit einen erheblichen Strukturwandel gegeben hat. Dieser war aber wesentlich mitverursacht durch Verschärfungen in den Haltungsvorschriften der Tier-schutz-Nutztierhaltungsverordnung mit erheblichen notwendigen Investitionen für bauliche Anpassungen vor allem in der Ferkelerzeugung, wie sie im Bundesrat von Ministerinnen und Ministern von Bündnis 90/Die Grünen durchgesetzt wurden. Doch der derzeitige Rückgang findet in einer anderen Größenordnung statt als der Strukturwandel der vergangenen Jahre. Dies wird an den durchschnittlichen jährlichen Veränderungs-raten der Betriebe und an der Entwicklung der Tierzahlen deutlich.

Zwischen 2010 und 2020 ging in Deutschland die Zahl der Schweine haltenden Betriebe pro Jahr um durchschnittlich 6,2 %, in den vergangenen beiden Jahren zwi-

schen November 2020 und November 2022 jedoch um durchschnittlich 9,0 %, in Bayern um 10,8 % und in Nordrhein-Westfalen um 11,7 % zurück. Baden-Württemberg verzeichnet derzeit den niedrigsten Schweinebestand seit 70 Jahren! Dies ist kein üblicher Strukturwandel mehr, sondern ein Strukturbruch.

Der Strukturbruch erfasst besonders die Ferkelerzeuger. Diese Betriebe werden auch nicht wieder in die Produktion einsteigen, wenn sich die Marktsituation verbessert. In der Folge werden noch mehr Ferkel als bisher aus anderen Mitgliedstaaten importiert werden, ohne jeden Zugriff auf die dortigen Haltungsbedingungen.

Der Rückgang in den letzten Jahren war sicher auch durch das Auftreten der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland und durch den dadurch weggebrochenen Exportmarkt China bzw. durch sich verändernde Ernährungsgewohnheiten mitverursacht. Der zuletzt registrierte Einbruch hat jedoch weitergehende Ursachen, die zu einer anhaltenden Verunsicherung führen:

- die nicht an den Bedürfnissen sowohl der landwirtschaftlichen Praxis als auch der Verbraucherinnen und Verbraucher ausgerichteten Vorschläge zur Tierhaltungskennzeichnung,
- ein in dieser Bundesregierung fehlendes Gesamtkonzept zum Umbau der Tierhaltung in Abstimmung mit vorhandenen Initiativen und zusammen mit den Betroffenen in der Wertschöpfungskette,
- die fehlenden bzw. unzureichenden Erleichterungen beim Immissionschutz-, Naturschutz- und Baurecht zum Um- und Neubau von Tierwohlställen,
- ein unzureichendes Förderprogramm, dem wegen seiner viel zu engen Förder Voraussetzungen keine Relevanz in der breiten Praxis zukommen kann und das die Aufwendungen der Landwirte bei weitem nicht abdeckt, sowie
- insbesondere Äußerungen aus Ihrem politischen Umfeld zur Notwendigkeit zum Abbau der Tierhaltung in Deutschland.

Wer den Tierhaltern immer wieder erklärt, dass sie Tierbestände bzw. die Tierhaltung abbauen müssen und ihnen so vermittelt, dass sie nicht mehr gewollt sind, darf sich über Frust und Betriebsaufgaben nicht wundern! Dies alles zusammengenommen

führt zu Perspektivlosigkeit und Resignation bei den Tierhaltern, selbst bei den Umstellungswilligen unter ihnen.

Dazu ein Beispiel: Wie soll ein Tierhalter seinen bestehenden Stall zu mehr Platz für das einzelne Tier umbauen, wenn er an den Außenmaßen seines Stalles nichts verändern darf und er womöglich wegen höherer Emissionen durch neu zu schaffende Auslaufmöglichkeiten für die Tiere keine Umbaugenehmigung erhalten kann? Eine notwendige zwangsläufige Abstockung des Bestandes würde ihn weit mehr kosten als er an Fördermitteln aus dem Bundesprogramm erhalten würde. Die verbleibende Einkommenslücke ist am Markt nicht zu decken. Dieser Teufelskreis endet leider viel zu häufig in der Aufgabe der Tierhaltung und im unwiederbringlichen Ausstieg der Betriebe.

Diese für den Agrarstandort Deutschland kontraproduktiven, mit Blick auf die Sicherstellung unserer eigenen Ernährungsbasis sogar gefährlichen Entwicklungen stehen im diametralen Gegensatz zu Ihren wiederholten Äußerungen, die Tierhaltung in Deutschland halten und unterstützen zu wollen. Ihre mehrfach geäußerte Position, lieber weniger Tiere, diese aber dafür besser zu halten, ist eine Wunschvorstellung, die ohne entsprechende politische Unterstützung – moralisch und finanziell – an den Realitäten in den Lebensmittelmärkten vorbeigeht und zu Lasten der Erzeugerbetriebe ausgeht, ja gehen muss. Wenn das von Bundesministerin a. D. Julia Klöckner eingesetzte und von Ihnen ausdrücklich weitergeführte Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung unter der Leitung von Bundesminister a. D. Jochen Borchert klar herausgearbeitet hat, müssen die höheren Erzeugungskosten in Tierwohlställen über öffentliche Zahlungen ausgeglichen werden, weil sie in unseren offenen Märkten an der Ladentheke nicht zu erlösen sind. Wenn es für die Richtigkeit dieser Feststellung eines Beweises bedurft hätte, dann wird dieser derzeit an den Ladentheken angesichts der hohen Inflation erbracht.

Das geplante Förderprogramm des Bundes mit einer Milliarde Euro über vier Jahre reicht für diesen Kostenausgleich in keiner Weise aus. Auch wenn Sie mehr Mittel dafür in Aussicht stellen, fehlt heute schlichtweg das Vertrauen in solche Versprechungen.

Auch wird die geplante verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung zu keinerlei Veränderung beim Einkaufsverhalten führen; vielmehr ist ein Unterlaufen der Kennzeich-

nungsanforderungen durch Importe von Schweinefleisch aus dem Ausland zu befürchten. Dem Tierwohl ist damit nicht gedient. In diesem Zusammenhang stößt es auch auf Unverständnis, dass gut etablierte privatwirtschaftliche Initiativen zur Tierwohlkennzeichnung bei der von Ihnen vorgeschlagenen Haltungskennzeichnung keine Beachtung finden und nicht integriert werden.

Was bei Schweinen und den daraus entstehenden hochwertigen Lebensmitteln bisher geschieht bzw. nicht geschieht, scheinen Sie jetzt in Ihrer Agenda zur Putenhaltung fortsetzen zu wollen. Anders lassen sich Ihre Eckpunkte zur Haltung von Puten kaum interpretieren, folgen sie doch dem gleichen Muster wie bei der Schweinehaltung. Die bei der Putenhaltung vorgesehene Reduzierung der Belegungsdichte um 30 % darf nicht als bundesdeutscher Alleingang oder ohne Ausgleich der Mehrkosten erfolgen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir unterstellen Ihnen nicht, beim Streben nach mehr Tierwohl den Tierhaltern wirtschaftlich schaden zu wollen. Auch Sie wissen und haben sich mehrfach so geäußert, dass eine flächenangepasste Nutztierhaltung für eine nach den bäuerlichen Grundsätzen der Nachhaltigkeit geführten Landwirtschaft in Deutschland nicht zuletzt auch im Sinne einer Kreislaufwirtschaft gebraucht wird. Wir stehen voll und ganz hinter Bestrebungen nach mehr Tierwohl im Stall! Und wir beweisen das auch, indem wir in den Ländern den Bau von Tierwohlställen finanziell unterstützen und zum Teil für besonders tiergerechte Haltungen die laufenden Mehrkosten der Haltung ausgleichen.

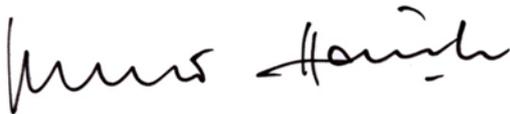
Allerdings befürchten wir, dass durch überzogene, nicht praktikable Anforderungen und viel zu gering bemessene Fördermaßnahmen sowie durch weitere zeitliche Verzögerungen von dringend notwendigen politischen Entscheidungen wesentliche Anteile unserer Tierhaltung in europäische Nachbarstaaten oder sogar in außereuropäische Staaten abwandern, wo die Tiere dann teilweise weit unterhalb unserer Standards gehalten werden.

Es darf nicht dazu kommen, dass wir unsere Tierhaltung exportieren und zugleich Tierleid importieren. Nichts anderes geschieht bei überzogenen Haltungsanforderungen und ungenügendem finanziellem Ausgleich in Verbindung mit nationalen Alleingängen, fehlender Wertschätzung sowie fehlenden Perspektiven für unsere Tierhalterinnen und Tierhalter.

Davor zu warnen und praktikable Alternativvorschläge einzubringen, halten wir für unsere Pflicht und haben dies an vielen Stellen auch getan. Im Gegenzug erwarten wir, dass unseren Argumenten ernsthaft Gehör geschenkt und Bereitschaft zum Kompromiss nicht nur geäußert, sondern gelebte Realität wird. Wir stehen für eine Zusammenarbeit, die die Tierhaltung in Deutschland um-, aber nicht abbaut.

Wir erlauben uns, dieses Schreiben der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Minister Peter Hauk MdL
Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz Baden-Württemberg



Staatsministerin Michaela Kaniber MdL
Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten



Ministerin Silke Gorißen
Ministerium für Landwirtschaft und
Verbraucherschutz des Landes
Nordrhein-Westfalen



Minister Sven Schulze
Ministerium für Wirtschaft, Tourismus,
Landwirtschaft und Forsten des
Landes Sachsen-Anhalt



Minister Werner Schwarz
Ministerium für Landwirtschaft,
ländliche Räume, Europa und
Verbraucherschutz des Landes
Schleswig-Holstein